

Begegnungen mit vatikanischen Unterhändlern bis weit über die Grenzen diplomatischer Gepflogenheiten hinaus abweisend. Aus der ČSSR kommen auch nach wie vor die meisten Berichte über Unterdrückungsmaßnahmen, vor allem über Verhaftungen und Prozesse gegen Kleriker und aktive katholische Laien. Noch voriges Jahr, aus Anlaß der großen Methodiusfeiern in Velehrad (vgl. HK, August 1985, 348), verweigerten die tschechoslowakischen Behörden Bischöfen aus dem Westen die Einreise. Nur Kardinalstaatssekretär *Casaroli* durfte ins Land. Aber auch ihm gegenüber blieb es bei Höflichkeitkontakten.

Während der letzten Wochen gab es nun wieder sich verdichtende Gerüchte, es könnte doch zu neuen Gesprächen zwischen dem Vatikan und den ČSSR-Behörden und zu einer gewissen kirchenpolitischen Entspannung kommen. Zu diesen Vermutungen gab es mehrere Anlässe. Der erste war ein Fernsehinterview des nach Staatspräsident *Husák* wohl zweitmächtigsten Mannes in der KPC-Führung, *Vasil Bilak* (Ende Juli), in dem dieser feststellte, die Regierung wolle ihr Verhältnis zur Kirche verbessern und wünsche vor allem Verhandlungen über die vakanten Bischofsstühle. Bilak nannte dafür (das alte Thema „Friedenspriester“ scheint gegenwärtig eine geringere Rolle zu spielen) zwei altbekannte Bedingungen: Die Bischofskandidaten müßten „tolerant“ gegenüber dem Staat sein und es dürfe keine Unterstützung für die „Untergrundkirche“ geben.

Ernst genommen wurden die Hinweise Bilaks nicht zuletzt deshalb, weil fast zur gleichen Zeit der Präsident des ungarischen staatlichen Kirchenamtes, *Imre Miklós*, in Prag weilte und Radio Prag ausdrücklich meldete, dieser habe mit dem für Staat-Kirche-Fragen im ZK der KPČ zuständigen *Jan Fojtik* über die Staat-Kirche-Beziehungen in beiden Ländern gesprochen. Auffallend war auch, daß Miklós in Budapest erst tags zuvor mit dem zu den Beerdigungsfeierlichkeiten für den verstorbenen ungarischen Primas Kardinal

Lékai in Ungarn weilenden jetzigen Sondernuntius für osteuropäische Länder, Erzbischof *Francesco Colasuonno*, zusammengetroffen war.

Es konnte also nicht verwundern, an Miklós' Gespräche Spekulationen zu knüpfen.

Im vergleichsweise liberaleren politischen Klima Ungarns haben sich die Staat-Kirche-Beziehungen zwar in den letzten Jahren verbessert und hat sich der Spielraum der Kirche trotz strikter staatlicher Kontrollen um einiges erweitert, aber die ungarische Seite und vor allem Miklós selbst haben stets Wert darauf gelegt, den eigenen Weg nicht als Modell für andere Ostblockstaaten zu deklarieren.

Es könnte also tatsächlich sein, daß die ČSSR über ihren kirchenpolitischen Kurs neu nachzudenken beginnt und das ungarische Modell wenigstens in mancher Beziehung für sie interessant zu werden verspricht. Der Grund dafür dürfte allerdings weniger eine positivere Einschätzung der Kirche sein als das Eingeständnis der Partei- und Staatsführung, daß Repressionsmaßnahmen die Kirche nicht *geschwächt*, sondern *gestärkt* haben. Die Erfahrungen mit den Methodiusfeiern in Velehrad, aber auch andere Zeichen wachsender Bekenntnisbereitschaft von Christen dürften dazu den Anstoß gegeben haben.

Der größte Dorn im Auge ist der Regierung dabei die seelsorgliche Tätigkeit solcher Priester, denen – und dies sind immerhin einige hundert – vom Staat die Erlaubnis zur „Berufsausübung“ entzogen wurde. Sie dürften der Kern des Problems sein, das die ČSSR-Behörden mit „Untergrundkirche“ umschreiben. Vermutlich ist die staatliche Seite aber auch an einer Ablösung oder stärkeren Einbindung des bereits 87jährigen Erzbischofs von Prag, Kardinal *Tomášek*, interessiert, der in den letzten Jahren immer wieder durch mutige Stellungnahmen (zuletzt zur geplanten Einführung einer reinen Fristenregelung bei der Abtreibungsgesetzgebung) hervorgetreten ist und damit beim gläubigen Teil der Bevölkerung wachsende Zustimmung findet. Das Interesse, mit dem Vatikan über Kirchenfragen neu ins

Gespräch zu kommen, dürfte insofern tatsächlich gewachsen sein. Ob sich auch die Voraussetzungen für Gesprächsergebnisse gebessert haben, bleibt fraglich.

Allerdings scheinen in letzter Zeit auch die Angriffe gegenüber Kardinal *Tomášek* zurückhaltender auszufallen, und Kardinal *König*, der zu den Feiern in Velehrad ebenfalls kein Einreisevisum erhalten hatte, durfte *Tomášek* Anfang August ungehindert besuchen. Zu Kontakten mit staatlichen Behörden ist es dabei jedoch nicht gekommen. Mehr als ein Versuchsballon waren Bilaks Äußerungen also wohl nicht, es sei denn, Moskau habe gegenwärtig spezielle kirchenpolitische Wünsche. un

Schlagseite

Neubesetzung der Internationalen Theologenkommission

Die *Internationale Theologenkommission* gehört nicht zu den gesamt-kirchlichen Organen, deren Arbeit in einer breiteren Öffentlichkeit besonders viel Beachtung findet. 1969 von Paul VI. ins Leben gerufen und 1982 von Johannes Paul II. mit einem definitiven Statut versehen, hat die der Glaubenskongregation zugeordnete Kommission eine stattliche Reihe von Dokumenten vorgelegt, zuletzt Thesen über das Bewußtsein Jesu von sich und seiner Sendung (vgl. ds. Heft, S. 445). Größere Aufmerksamkeit fand (nachträglich) im Zusammenhang der Diskussion um die Befreiungstheologie ihr Dokument zum Verhältnis von menschlichem Wohl und christlichem Heil von 1977 (vgl. HK, Januar 1978, 24–30).

In ihre nächste fünfjährige Arbeitsperiode geht die Kommission mit sehr vielen neuen Mitgliedern: Johannes Paul II. ernannte Anfang Juli gleich sieben neue Mitglieder für die insgesamt 30köpfige Theologenkommission, darunter den Münchner Neutestamentler *Joachim Gnilka*. Überhaupt fällt auf, daß der deutsche Sprachraum in dem vatikanischen Gremium

auch weiterhin stark vertreten ist. Neben Gnllka durch den Tübinger Dogmatiker *Walter Kasper*, den Erfurter Moraltheologen *Wilhelm Ernst*, den Fribourger Dogmatiker *Christoph von Schönborn* und nicht zuletzt durch *Hans Urs von Balthasar*.

Deutliche *Schlagseite* hat die Vertretung *Lateinamerikas* in der Kommission. Nicht nur, daß ihr weiterhin kein Repräsentant der Befreiungstheologie angehört: Alle drei lateinamerikanischen Mitglieder (der jetzt zum Bischof von Novo Hamburgo ernannte Brasilianer *Bonaventura Kloppenburg* und die beiden Chilenen *Jorge Medina Estévez* und *José Ibáñez Langlois*) gehören zu den Unterzeichnern der „Erklärung von Los Andes“ (vgl. HK, September 1985, 440), die mit der Befreiungstheologie äußerst kritisch ins Gericht geht.

Daß erstmals auch zwei *Laien* in die Theologienkommission berufen wurden, ist begrüßenswert. Schließlich sind Laien auf theologischen Lehrstühlen längst keine Seltenheit mehr, leisten sie wichtige Beiträge auf allen Feldern wissenschaftlich-theologischer Arbeit. Allerdings geben gerade die beiden Laienmitglieder Anlaß, die Frage nach den Auswahlkriterien zu stellen: Der in Oxford lehrende, aus Australien stammende Jurist *John Finnis* ist (so *The Tablet* vom 2. 8. 86) für sein Eintreten für „*Humanae vitae*“ und für die „natürliche“ Geburtenregelung bekannt. Der Amerikaner *William May* gehört zu der Minderheit der Theologieprofessoren an der „*Catholic University of America*“, die sich dieses Frühjahr nicht hinter ihren von der Glaubenskongregation beanstandeten Kollegen, den Moraltheologen *Charles Curran*, stellte, dem jetzt die Lehrerlaubnis entzogen wurde. War hier die „Treue zum Lehramt“, die das Statut als eine der für die Mitgliedschaft erforderlichen Eigenschaften nennt, *das* ausschlaggebende Kriterium für die Berufung in die Kommission?

Nach ihrem Statut gehört es zu den Aufgaben der Kommission, neue Fragen aufzugreifen und die „Bestrebungen und Haltungen der Menschen von heute“ zu verstehen. Man wird abwarten müssen, wie die Kommis-

sion in ihrer neuen Arbeitsperiode diesem Auftrag nachkommt. Sie ist zwar insofern ein Spiegelbild der Weltkirche, als ihr Theologen aus 23 Ländern angehören. Ob in ihr aber wirklich das gesamte relevante Spektrum der katholischen Gegenwartstheologie vertreten ist, kann bezweifelt werden. ru

Ausgeschlossen

Die Grünen und das ZdK

Beim bevorstehenden 89. Deutschen Katholikentag werden Vertreter der Partei der *Grünen* als Referenten oder Diskussionspartner auf Podien *nicht* vertreten sein. Laut Pressemeldungen verteidigte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken diese Entscheidung mit dem Hinweis, die *Grünen* seien so weit entfernt von den Positionen der Kirche, daß sie sich selbst ausgeschlossen hätten. In dem Zusammenhang wurde an Parteitagsbeschlüsse zum Paragraphen 218 und zur Verteidigungspolitik erinnert.

Für das oberste Laiengremium in der Bundesrepublik ist dies nicht die erste Äußerung zum Thema *Grüne* in diesem Jahr. Im Frühsommer befaßte sich der Geschäftsführende Ausschuß des ZdK mit den Beschlüssen des Parteitages der *Grünen* in Hannover und kam zu dem Ergebnis, die grüne Bewegung treibe „das Prinzip der Verneinung und des Ausstiegs aus Geschichte und Verantwortung auf die Spitze“. Einzelne diskussionswürdige Aspekte aus ihrer Programmatik verlören Sinn und Wert „in einem Kontext der Gesellschafts- und Staatszerstörung“. Nicht zu unterschätzen sei die Sogwirkung, die von dieser Partei auf jene ausgehe, die in einzelnen Forderungen und Vorstellungen grünen Positionen nahekämen. Um des Machterhalts oder der Machtgewinnung willen könne hier die Neigung zu gefährlichen Kompromissen entstehen.

Solche Positionen sind nicht neu. Auch in den etablierten Parteien beschäftigt man sich inzwischen mehr mit den von den *Grünen* vertretenen

Inhalten, nachdem man sich zunächst eine Zeitlang damit begnügt hatte, dieser Gruppierung ihren Parteienstatus streitig zu machen. Mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf und die Bundestagswahl im Januar 1987 gilt es, Themen zu besetzen und sich von anderen Parteien und Mandatsbewerbern zu distanzieren. Die Schärfe der ZdK-Äußerungen gegenüber den *Grünen* erklärt sich zu einem Teil vermutlich auch aus diesem parteipolitischen Interesse. Insofern ist zu bedauern, daß das ZdK im Konzert der Parteien, Verbände und Interessenvertreter noch nicht seinen eigenen Stil jenseits offensichtlicher parteipolitischer Ziele gefunden hat. Natürlich kann niemand einen Anspruch darauf erheben, auf dem Katholikentag vertreten zu sein. Und es ist auch keineswegs so, als würde die eine oder andere Position, die u. a. von den *Grünen* vertreten wird, nicht auch von anderen Referenten schon eingebracht: Die ökologische Bewegung ist nicht einfach identisch mit der Partei der *Grünen*. Es spricht auch einiges dafür, daß man auf den Podien des Katholikentags nicht den Parteienproporz zum Prinzip erhebt. Das würde sonst nur den Bonner Politzirkus in die Räume einer kirchlichen Großveranstaltung verlegen. Und trotzdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, hier werde im Katholizismus wieder einmal allzu obrigkeitlich vorsortiert. Man mag die politische Analyse der *Grünen* für falsch, schwammig oder gar gefährlich, ihre Zukunftsvorstellungen für wenig realistisch halten, man mag einige Mühe haben, das Eintreten dieser Partei für den Schutz des Lebens mit einer völligen Streichung des Paragraphen 218 zusammenzubringen: Aber gerade eine solche mit christlichen Auffassungen völlig unvereinbare Position hätte ein Grund sein können, sich mit ihnen an Ort und Stelle persönlich auseinanderzusetzen. Immerhin stellen die Ideen, die politisch-parlamentarisch von den *Grünen* vertreten werden, doch nicht ein Phänomen dar, von dem der Katholizismus völlig unberührt wäre. nt